

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16
Luisenparkstr. 15 (Redakteur: E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 3103/06

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 4 Mk.
mit wöchentlich. Beilage „Die Sanitätskarte“ 6 Mk.

Unser Großkampf in Sachsen.

Die hartnäckig ablehnende Haltung des Arbeitgeberverbandes der sächsischen Gemeinden zwang uns, einen Kampf anzunehmen, der in seiner Ausdehnung und in seinen Folgen nicht nur für die Mitglieder unserer Organisation, sondern für einen großen Teil der wirtschaftlichen Bevölkerung Sachsens von ungeheurer Bedeutung war. Wie in der „Gewerkschaft“ Nr. 42 schon berichtet wurde, lief der zwischen uns und dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden abgeschlossene Lohnvertrag ab. Unsere Kollegen hatten um Verhandlungen behufs Verlängerung des Tarifabkommens nachgesucht, wobei natürlich die Absicht bestand, eine den Verhältnissen Rechnung tragende mäßige Erhöhung der Lohnsätze vorzunehmen. Am 25. September 1920 fanden Verhandlungen statt zwischen dem Arbeitgeberverband und der Landesarbeitskommission, die zu keinem Ergebnis führten. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes erheut, daß er erwarten konnte, die Arbeitnehmer würden von der Forderung auf Lohnserhöhung Abstand nehmen und es würde somit nur über die Frage der Verlängerung des Lohnvertrages mit den jetzigen Lohnsätzen verhandelt werden.

Der Arbeitgeberverband bestritt die Notwendigkeit der Lohnserhöhung und versuchte an Hand der gesunkenen Indizes zu beweisen, daß die Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel wesentlich gesunken seien. Die Arbeitgeber taten sich durch unsere Einwände nicht beeinflussen und blieben bei ihrer ablehnenden Haltung.

In Betribs- und Mitgliederversammlungen wurde über dieses Verhandlungsergebnis Bericht erstattet. In den 3 Großstädten Leipzig, Dresden und Chemnitz wurde unseren Mitgliedern die Frage vorgelegt, ob sie gewillt seien, den Kampf mit dem Arbeitgeberverband anzunehmen. Die vorzunehmende Abstimmung ergab, daß 90 bis 92 Proz. der Kollegen dieser 3 Städte einverstanden waren, die Arbeit niederzulegen, wenn der Arbeitgeberverband nicht zu bewegen sei zu weiteren Verhandlungen und weiteren Zugeständnissen.

Durch Vermittlung des sächsischen Arbeitsministeriums fanden am 5. Oktober weitere Verhandlungen statt, in denen der Arbeitgeberverband Zugeständnisse machte, wonach den verheirateten Arbeitern in der Einklassse A eine Zulage von 17 bis 19 Pf. pro Stunde gewährt werden soll, während alle übrigen Arbeiter der Einklassse A, B und C damit zufrieden sein sollen, daß die Kinderzulage von monatlich 30 auf 40 bzw. 50 Pf. erhöht wird. Der Hinweis unserer Kollegen in der Verhandlungskommission, daß dieses Zugeständnis als zu gering von der Arbeiterschaft abgelehnt werde, wurde vom Arbeitgeberverband nicht beachtet; obwohl das Abstimmungsergebnis unserer Mitglieder in Leipzig, Dresden und Chemnitz auch dem Arbeitgeberverband bekannt war, unterließ dieser den Ernst der Situation und lehnte weitere Zugeständnisse entschieden ab. Das Arbeitsministerium übergab den Streit fall dem geleiteten sächsischen Schlichtungsausschuß. Der am 7. Oktober gefällte Schlichterspruch lautet:

„Der Anspruch auf Lohnserhöhung wird abgelehnt. Dagegen sollen die Kinderzulagen von 30 Pf. auf 40 Pf. pro Monat und für Kinder vom 11. bis 18. Lebensjahr auf 50 Pf. pro Monat erhöht werden.“

Um zu diesem Schlichterspruch Stellung zu nehmen, berief die Organisationsleitung am Sonntag, den 10. Oktober, die Landesversammlung der Gemeindearbeiter im Freistaat Sachsen nach Dresden. Die Landesversammlung lehnte einstimmig den Schlichterspruch ab und somit war der Streit unvermeidlich. Die Landesversammlung wählte eine Zentralstreikleitung, bestehend aus einem Vertreter des Landesverbandes, den Vertretern der 3 sächsischen Gaue und 6 im Arbeitsverhältnis stehenden Kollegen. Die Landeskonferenz erteilte dieser Zentralstreikleitung Vollmacht, darüber zu bestimmen, zu welcher Zeit und in welchem Umfang mit dem Streit eingeleitet werden soll.

Die zentrale Streikleitung, die ihren Sitz in Dresden hatte und ihre Beratungen sofort einsetzte, ordnete an, daß die Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke der Städte Leipzig und Dres-

den am 11. Oktober vormittags in den Streik treten sollen, während die Arbeiter obgenannter Werke bereits am 9. die Arbeit niedergelegt hatten. In Meißen und Rue (Städte der Einklassse B) sollten am 11. Oktober nachmittags die Gas- und Elektrizitätswerke stillgelegt werden und am 12. Oktober vormittags die Elektrizitäts- und Gaswerke der Städte Reichenbach, Plauen und Zwickau. Die zentrale Streikleitung drang darauf, daß überall die Notstandsarbeiten von den Streikenden ausgeführt werden. Den Anweisungen der Zentralstreikleitung wurde überall Folge geleistet und mustermäßige Disziplin gehalten. Die Wasserversorgung in allen Städten war sichergestellt, ebenso wurden die lebenswichtigen Betriebe wie Krankenhäuser, Konsumbäckereien usw. mit Licht und Strom versorgt. Unvermeidlich war jedoch, daß die Licht- und Kraftversorgung im privaten Haushalt eingestellt werden mußte und auch ein Teil Industriebetriebe zum Stillstand kam, so daß die dort beschäftigten Arbeiter ihres Verdienstes verlustig gingen. Diese Umstände trugen natürlich nicht dazu bei, daß die öffentliche Meinung auf unserer Seite war, zumal die bürgerlichen Blätter nicht nur allein, sondern auch einige Arbeiterzeitungen in ihren Berichten und Besprechungen des Streiks die Forderungen der Streikenden einzuschmücken versuchten.

Weder die Streikleitung noch die streikende Kollegenchaft durften sich durch diese Stimmungsmache beeinflussen lassen, sie waren sich bewußt, daß durch diesen Streik ein großer Teil unserer eigenen Volksgenossen in Mitleidenschaft gezogen wurde und waren bemüht, den uns ausgedrängten Kampf total zu führen und abzuschließen.

Die Zentralstreikleitung wandte sich an den Vorstand des Arbeitgeberverbandes und teilte mit, daß die Zentralstreikleitung von der Landeskonferenz ermächtigt ist, Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband zu pflegen. Am Mittwoch, den 13. Oktober, fanden Verhandlungen statt mit dem Ergebnis, daß der Arbeitgeberverband sich bereit erklärte, den Streikfall einer paritätisch zusammengesetzten Kommission zur Prüfung und Schlichtung zu überweisen, und weiter erklärte er sich bereit, sich dem Schiedsspruch dieser Kommission zu fügen. Von der Streikleitung wurde aber verlangt, sich ebenfalls bedingungslos dem Schiedsspruch zu unterwerfen. Dieses Verhandlungsergebnis wurde den Streikenden zur Beschlußfassung über Annahme oder Ablehnung unterbreitet. Die Stimmung der Streikenden ließ im voraus erkennen, daß der Beschluß abgelehnt würde und somit die Verschärfung des Kampfes unvermeidlich war. Die Zentralstreikleitung glaubte aber allein die Verantwortung für den verhängnisvollen Kampf nicht tragen zu können und ersuchte den Dresdener Kreisrat des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Vermittlung zu übernehmen. In dankenswerter Weise übernahm der Vorstand des Kreisratsschusses diese Aufgabe und so kamen unter Leitung des sächsischen Arbeitsministeriums am Sonntag, den 15. Oktober, Verhandlungen zustande. Die neunstündige Beratung hatte folgendes Ergebnis:

Die am 15. Oktober 1920 unter dem Vorsitz des Arbeitsministeriums stattgefundenen Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden und der Zentralstreikleitung des Gemeindearbeiterverbandes haben zu folgender Vereinbarung geführt:

Der Lohnvertrag tritt für Verheiratete und Ledige gleichmäßig nunmehr folgende Sätze vor:

- Einklassse A: Gewerksler 5,10 Pf., angelernte Arbeiter 4,85 Pf., unangelernte Arbeiter 4,5 Pf.
- Einklassse B: Gewerksler 4,75 Pf., angelernte Arbeiter 4,45 Pf., unangelernte Arbeiter 4,25 Pf.
- Einklassse C: Gewerksler 4,05 Pf., angelernte Arbeiter 3,80 Pf., unangelernte Arbeiter 3,60 Pf.

Wannlichen Arbeitern im Alter von 19 bis 21 Jahren wird 50 Pf., im Alter von 18 bis 19 Jahren 30 Pf., im Alter von 17 bis 18 Jahren 1,20 Pf. geminderter Stundenlohn gewährt.

In allen Einklasssen werden die Kinderbeihilfen auf 40 bzw. 50 Pf. pro Monat erhöht nach den Grundätzen der staatlichen Forderung für die Arbeiter.

Die Dauer dieses Abkommens gilt bis zum 31. Januar 1921. Von diesem Termin ab ist eine zweiseitige Kündigung zulässig.

Tritt während der Geltungsdauer dieses Abkommens im gesamten Wirtschaftskreis eine so erhebliche Veränderung ein, daß sich die vereinbarten Lohnsätze nicht mehr rechtfertigen lassen, so haben die Vertragsparteien in gemeinsamer Verhandlung in eine Prüfung der Verhältnisse einzutreten. Die im Kohlenarif vorgesehenen Lohnsätze gelten rückwirkend ab 1. Oktober 1920.

Die Forderungen aus Anlaß der Teilnahme am Streik dürfen nicht kassiert werden.

Die Wiederaufnahme der Arbeit soll mit tustlichster Beachtung vor sich gehen.

Tresden, am 13. Oktober 1920.

Eine Stunde nach erfolgter Einigung und nach Annahme des Protokolls durch die versammelten Streikenden kamte in Tresden die elektrische Verbindung auf und somit ist der Streik beendet, wie im Sinne und imwahr alle Redereien und Schreierereien über Sabotage und andere Gewalttätigkeiten der Streikenden gewesen sind. Die Arbeiterklasse

in Chemnitz, die durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung und des Stadtrats besondere Zugeständnisse erhielt, hat ebenso einmütig und geschlossen bereits am Freitagnachmittag die Arbeit wieder aufgenommen, und auch dort ist der Streik beendet, daß unsere Kollegen in diesem Kampf keinerlei unantastbare Mittel und Maßnahmen ergreifen hat. In Leipzig, Bismarck, Reichenbach und Klauen (Klauen) hat die Streikenden ebenfalls für Annahme des Protokolls und auch dort wurde die Annahme der Arbeit beschlossen. Nur, hätte Überzeugung und die eifrige Tätigkeit der Kollegenschaft haben uns den Sieg gebracht.

Die finanziellen Opfer sind ganz erheblich und wir appellieren nunmehr an die Solidarität der Gesamtvolksgemeinschaft. Wir fordern aus einmütig die vom Verbandsvorstand ausgeschickte Exzelleute so schnell wie möglich zu lassen, da ähnliche und vielleicht noch schwerere Lohnkämpfe in Berlin, Bremen und noch anderen Orten in Aussicht stehen und die denn nur von Erfolg gekrönt sein können, wenn wir geeinigt sind.

Der erste gewerkschaftliche Betriebsräte Kongreß.

II. (Schluß.)



Die beiden ersten Tage des Betriebsräte Kongresses hatten neben den wiederholten heftigen Geschäftsordnungsdebatten in der Hauptsache die Unterlagen geschaffen, auf der nun das neue Organisationsgremium der Betriebsräte in den freien Gewerkschaften aufgebaut werden soll. Dabei ist es sich heraus — wie wir in dem ausführlichen Bericht in voriger Nummer nachweisen, daß die Meinungsverschiedenheiten über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage (Referent Wisell), ferner über die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse sowie die Sozialisierung (Sicherung) sehr gering waren. Fast einstimmig wurden die Resolutionen Wisell und Sicherung angenommen. Auch die etwa 10 Diskussionsredner zu diesen Themen brachten wohl interessantes Ergänzungsmaterial vor, ihre Grundansfassung bewegte sich aber durchaus im Rahmen der Referenten Darstellung. So läßt sich also mit ziemlicher Bestimmtheit sagen, daß die deutsche Arbeiterklasse mit ihren nahezu 10 Millionen Organisierten eine gemeinsame Basis haben, von der sie ausgehen.

Die Verschiedenheit in der Auffassung beginnt erst, wenn man sich schlüssig werden soll, welche Forderungen aus den wirtschaftlichen Verhältnissen der Jetztzeit zu geben sind. Wir möchten allen unseren Lesern gern Gelegenheit geben, sich selbständig ein Urteil zu bilden über diese brennenden Fragen. Deshalb geben wir in nachfolgendem den beiden Hauptreferenten Tschmann und Brandler etwas ausführlicher das Wort. Sollen wir eine knappe Zusammenfassung vorweg nehmen, so läßt sich das Problem etwa dahin formulieren: Während Tschmann im Grundgedanken die sozialistische Bedarfsdeckungs wirtschaft fördert, die uns aus dem jetzigen Stand retten kann, hält er die Arbeiterklasse im gegenwärtigen Moment noch nicht für reif, den Sozialismus durchzuführen. Die Engländer der „Hand“ und Handarbeiter läßt noch viel zu wünschen übrig. Industrielle und Landarbeiter müssen zusammenwirken. Gemeinsame Arbeit zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften ist unbedingtes Erfordernis. Keine gesonderten Betriebsrätezentralen.

Demgegenüber meinte Brandler, daß nicht länger gewartet werden kann. Mit allen Kampfmethoden kann man keine neuen Ziele erringen. Alle Betriebsräte — auch die Unorganisierten und Neben — müssen zusammengebracht werden und entsprechend ihrer Mitgliederstärke sollen sie eine Vertretung in der Betriebsrätezentrale haben! Die freien Gewerkschaften sollen durchaus nicht getrennt werden, aber der Kampf der Betriebsräte um die Kontrolle der Produktion muß einmünden in den Kampf um die politische Macht. Die politischen Arbeiterräte müssen mit den Betriebsräten zusammenwirken.

Uns will bedünken, daß diese Forderungen Nachfragen sind, die zu lösen von der jeweiligen Stärke der wirtschaftlichen und politischen Organisation abhängt. Jedenfalls wird unsere Macht durch die Annahme der neuen und gelben Arbeiterbrüder nur vergrößert. So gründlich und sachlich die Darlegungen Brandlers auch waren, sie konnten ferner nicht über den wunden Punkt hinwegführen: Was vermag die deutsche Arbeiterklasse zu tun, solange der Versailler Friedensvertrag uns wirtschaftlich in die Knie und solange die französische und englisch-amerikanische Arbeiterklasse nicht in der Lage ist, uns zu helfen oder auch nur wesentlich unser Los zu erleichtern. Sollen wir in letzter Notlage den Aufbruch des Proletariats den Kampf mit dem Entente-Kapitalismus durch Massen-gewalt zu erzwingen suchen? Und werden wir in diesem neuen

blütigen, national-bolschewistischen Krieg, der die unabwendbare Folge solcher Maßnahmen wäre, siegen? Es spricht nicht viel für eine Verbesserung in erer Nachsicht, aber sehr viel dagegen in einem solchen Fall! Außerdem dürfen wir die jetzt fast im Wachsen begriffenen politischen wie wirtschaftlichen Kräfte der Reaktion nicht unterschätzen.

Verständigt man diese Tatsachen, so dürfte es keinen Zweifel unterliegen, daß wir zuvor eine viel höhere Stufe des Einheitswillens und der Kraft erreichen müssen, um unsere Ziele zur Durchführung zu bringen. Doch lassen wir nun einige Auszüge aus den Referaten folgen:

Tschmann: Wenn wir die Aufgaben der Betriebsräte bezeichnen wollen, dann müssen wir auf die Entwicklung, die zu den Betriebsräten geführt hat, Rücksicht haben. Wir müssen aber auch orientiert sein in den Grundansfassungen des revolutionären Sozialismus. Wir haben aber auch die Aufgabe, zu prüfen, ob die Betriebsräte im Rahmen des Betriebsrätegesetzes tätig sein können oder ob wir uns unsere eigene selbst machen müssen. Das letztere ist es, worauf wir uns einzulassen haben. Als Sozialisten müssen wir erkennen, daß wir uns nicht mehr auf eine rein propagandistische Tätigkeit einstellen können. Wir müssen vielmehr die Tätigkeit der Betriebsräte wie auch der Gewerkschaften auf revolutionärer Grundlage aufbauen, um zur Verwirklichung des Sozialismus zu kommen. Unsere Haltung müssen wir von dem Gesichtspunkt bestimmen lassen, daß die Befreiung des arbeitenden Volkslebens ernstlich ist. Es ist nun die Frage auszuwerfen, ob sich im gegenwärtigen Augenblick der Sozialismus verwirklichen läßt. So oder aber weiter und frage: Zu der Arbeiterklasse für den Sozialismus reif? So sage ich, daß dem Proletariat die Sie fe heute denn o halt, wie im Jahre 1914, wo die ökonomischen Grundbedingungen zur Verwirklichung des Sozialismus günstiger als jetzt waren. Heute ist der Wirtschaftskörper gestürzt, die Masse des arbeitenden Volkes steht vor dem Abgrund der größten Not. Dadurch ist ein Zustand geschaffen, das wir mit in unsere Erwägungen zu geben müssen, und das ist, daß die Moral der Menschen durch den Krieg und dessen Folgeerscheinungen nicht gebessert worden ist. Wir brauchen aber eine Veränderung des Wirtschaftskörpers, denn der Sozialismus braucht reale Unterlegen, er läßt sich nicht mit Anschlägen und harter Gewalt einführen. Ganz ist die Verfassung, die der Weltkrieg auf allen kulturellen und ökonomischen Gebieten anrichtet hat. Wir müssen, wenn wir an den Aufbau der Wirtschaft gehen wollen, die Sünden der Kapitalistenklasse mit uns unsere Rechnung setzen. Die menschliche Wirtschaft ist ja hauptsächlich dadurch entstanden, daß der Kapitalismus seine eigenen Gesetze außer acht gelassen hat. Eins ist jedoch fest: Das internationale Kapital hat sich längst ausgesöhnt, während das Proletariat sich noch heute national die Kopie einschlägt.

Im Volkswirtschaftlichen Ausblick des Reichstages haben wir zur Verneinung der Not der Gewerkschaften eine Anzahl Anträge eingebracht, wir haben verlangt, da man im Kriegsfall Milliarden verschwendet hat, um Menschen zu vernichten, jetzt Menschen zur Erhaltung von Menschen auszuweisen soll. Diese aus allgemeinen Prinzipien zu stellenden Summen sollen nicht nur an Unterhaltungsarbeiten, sondern auch zur Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten herangezogen werden. Wir haben deshalb im Volkswirtschaftlichen Ausblick auch verlangt, daß die Arbeiter, Pannarbeiter usw. beschäftigt werden. Alle diese Anträge wurden aber abgelehnt, weil wir auch verlangt, daß die bei der privaten kapitalistischen Produktion ausgeschaltet werden soll. Wir können immer erren: sich kein, daß das Kapitalismus und die Kapitalisten geschlossen werden, wenn es um ihre Interessen geht. Das Wort muß erren stehen, wenn man auf der anderen Seite sieht, wie das Proletariat sich selbst verteidigt. Wenn dieser Betriebsräte Kongreß nur ein Schritt nach vorne bringen sollte: nämlich die Erkenntnis, daß nur die Einigung des Proletariats uns aus diesem Elend herausbringen kann. Schwerer liegt der Versailler Frieden auf unsere Volkswirtschaft.

Schülerinnen, zu ihrer ganz... Professore...

des Gelehrten, in Stelle, mit...

Maßnahmen der... Wer sich...

erweitert für die... erachtet die...

und die ganze... erachtet die...

kontrolle darf... in der...

die Aufgaben... die...

in ihrer... die...

in ihrer... die...

en. Das an diese Körperstellen zu richtende Vertrauen auf eine... die...

Resolutionen Nr. 1.

1. Das Betriebsratgesetz hat sich in seiner praktischen Auswirkung... die...

2. Das erste Vorrecht der Betriebsräte... die...

3. Das zweite Vorrecht der Betriebsräte... die...

4. Das dritte Vorrecht der Betriebsräte... die...

5. Das vierte Vorrecht der Betriebsräte... die...

6. Das fünfte Vorrecht der Betriebsräte... die...

7. Das sechste Vorrecht der Betriebsräte... die...

8. Das siebente Vorrecht der Betriebsräte... die...

9. Das achte Vorrecht der Betriebsräte... die...

10. Das neunte Vorrecht der Betriebsräte... die...

11. Das zehnte Vorrecht der Betriebsräte... die...

12. Das elfte Vorrecht der Betriebsräte... die...

13. Das zwölfte Vorrecht der Betriebsräte... die...

14. Das dreizehnte Vorrecht der Betriebsräte... die...

15. Das vierzehnte Vorrecht der Betriebsräte... die...

16. Das fünfzehnte Vorrecht der Betriebsräte... die...

17. Das sechzehnte Vorrecht der Betriebsräte... die...

18. Das siebzehnte Vorrecht der Betriebsräte... die...

19. Das achtzehnte Vorrecht der Betriebsräte... die...

20. Das neunzehnte Vorrecht der Betriebsräte... die...

21. Das zwanzigste Vorrecht der Betriebsräte... die...

22. Das einundzwanzigste Vorrecht der Betriebsräte... die...

23. Das zweiundzwanzigste Vorrecht der Betriebsräte... die...

Unser Mitgliederstand am 1. Oktober 1920.

300 000 Mitglieder überschritten!

Im Berichtemont September sind wir wieder einen guten... die...

Die Ästalten Gütersloh, Köln, Frankenburg Land, Adm.,... die...

Die Ästalten Gütersloh, Köln, Frankenburg Land, Adm.,... die...

Die Ästalten Gütersloh, Köln, Frankenburg Land, Adm.,... die...

Die Ästalten Gütersloh, Köln, Frankenburg Land, Adm.,... die...

Die Ästalten Gütersloh, Köln, Frankenburg Land, Adm.,... die...

Die Ästalten Gütersloh, Köln, Frankenburg Land, Adm.,... die...

Die Ästalten Gütersloh, Köln, Frankenburg Land, Adm.,... die...

Die Ästalten Gütersloh, Köln, Frankenburg Land, Adm.,... die...

Die Ästalten Gütersloh, Köln, Frankenburg Land, Adm.,... die...

Die Ästalten Gütersloh, Köln, Frankenburg Land, Adm.,... die...

Die Ästalten Gütersloh, Köln, Frankenburg Land, Adm.,... die...

Die Ästalten Gütersloh, Köln, Frankenburg Land, Adm.,... die...

Die Ästalten Gütersloh, Köln, Frankenburg Land, Adm.,... die...

Die Ästalten Gütersloh, Köln, Frankenburg Land, Adm.,... die...

Die Ästalten Gütersloh, Köln, Frankenburg Land, Adm.,... die...

Die Ästalten Gütersloh, Köln, Frankenburg Land, Adm.,... die...

Die Ästalten Gütersloh, Köln, Frankenburg Land, Adm.,... die...

Die Ästalten Gütersloh, Köln, Frankenburg Land, Adm.,... die...

Die Ästalten Gütersloh, Köln, Frankenburg Land, Adm.,... die...

Die Ästalten Gütersloh, Köln, Frankenburg Land, Adm.,... die...

Die Ästalten Gütersloh, Köln, Frankenburg Land, Adm.,... die...

Table with 6 columns: Gau, Mitglieder am 1. Okt. 1920, Zahl der Mitglieder am 1. Oktober 1920, Zunahme, Zahl der Arbeitslosen. Lists various regions like Augsburg, Berlin, etc.

• Abnahme 297287 235068 64500 299808 3722 5334

Arbeiter 75 Prozent der Ausfertigungslage bezahlt, über die restlichen 25 Prozent soll ein Schiedsgericht entscheiden. Maßregeln erfolgen nicht. Dieser Erfolg ist der glänzenden Solidarität zu verdanken, die sich Arbeiter und Angehörige gegenseitig bezogen. Das Verhalten vieler Arbeitergruppen während des fast 14tägigen Kampfes ist nur zu rühmend.

Rundschau

Robert Riebig 4. Mit Bedauern muß dieser Nummer der „Gewerkschaft“ geht aus von der Erregerverwaltung Berlin die traurige Nachricht zu, daß am 15. Oktober 1920 der ehemalige Vorsitzende unseres Verbandes, Robert Riebig, im Alter von 57 Jahren an den Folgen einer Magenoperation gestorben ist. Riebig trat am 20. März 1898 als Mitglied in unseren Verband und war sein Vorsitzender bis 1903. Nachdem Bruno Fösch an seine Stelle getreten war, übernahm er die Leitung der Arbeit Berlin, deren Vorsitzender er bis 1916 war. In den letzten Jahren betätigte Riebig das Amt eines Krankenkontrolleurs bei der Betriebskrankenkasse der Stadt Berlin. Robert Riebig, der bis zu seinem Eintritt in den Dienst der Krankenkasse händischer Arbeiter war, hat sich um die Entwicklung unseres Verbandes reichlich verdient gemacht. Sein ehrlicher und hederlicher Charakter als fleißiger Gewerkschafter und Sozialdemokrat sichern ihm ein dauerndes ehrenvolles Andenken.

Die Folgen des Kohlenabkommens von Spa. Die Entente hat Deutschland zur Abgabe von 2000000 Tonnen Steinkohle verpflichtet. Im Monat August sind auf Grund dieser Verpflichtung ausgeliefert worden 195612 Tonnen. Die schätzten 21,88 Tausend Tonne Kohle aus Überflüssen haben, konnte sie aber nicht wie beabsichtigt, mit eigenen Wagen abfahren, werden der dort aus überfließen stämme. Wo der Kohle erhalten blieb, wurde die Kohlenlieferung erfüllt, sogar noch über die Bildungsmenge hinaus. In diesem Kontext sagt nun die „Vergewaltigung“ u. a. „Anschließend steht die vollständige Kohlenlieferung im August im Widerspruch mit den Erfahrungen der Deutschen in Spa, wonach die sofortige Ablieferung der 2 Millionen Tonne monatlich die deutsche Volkswirtschaft schwer treffen würde. Aber nur schon im Juli im Vergleich zu den letzten Monaten vor Spa ist die deutsche Volkswirtschaft im August mit über eine Million Tonne Steinkohle weniger versorgt worden! Schon werden ganze Betriebe eingestellt, Betriebsstilllegungen und Arbeiterentlassungen wegen Kohlenmangels gemeldet.“ Die Zahl der Arbeitslosen wächst in bedrohlichem Maße. Vor Spa haben sich Industrie, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, ferner die Eisenbahn und die Schiffahrt mit eigenen Kohlenvorräten versehen können. Im August ist bereits von diesen Vorräten Gebrauch gemacht worden und man heben vor der kalten Jahreszeit, die auch einen härteren Winter nach sich ziehen muß. Die hiermit in Aussicht genommenen Verbrauchsmengen müßten wenn des Spa-Abkommens so gering bemessen werden, daß man mit großer Sorge dem Winter entgegensteht. Nach dem monatlichen Verteilungsplan der der Wiedergutmachungskommission in Berlin zur Verfügung unterbreitet werden muß, erhält die deutsche Industrie im September über 1 1/2 Millionen Tonne weniger Steinkohle als im Juni d. J., wenn die Förderung nicht höher wird. Es wird ernstlich daran gearbeitet, möglichst viele Ab-Preannofle als Ersatz für Steinkohle zu verwenden, aber hierzu bedarf es komplizierter und oft langwieriger Umstände der Feuerungsanlagen. Preannofle hat überdies nur den dritten Teil des Heizwertes der Steinkohle. Es müssen daher bedeutend mehr Preannoflenfabrikate gefertigt werden, wozu es immer noch an Kraftstoffen fehlt. Günstig ist Deutschland in den kommenden Monaten nicht, keine Steinkohlenförderung um mindestens eine Million Tonne monatlich zu erleben und sieht uns nicht, wie in Spa vertrieben, die überschüssige Kohlenförderung in gerechter und unparteiischer Weise zu Gebote, dann können wir uns bald in einer sehr schweren Krise befinden! Wenn am 15. November durch die Ententevertreter festgestellt wird, daß die Lieferungen im August, September und Oktober 1920 keine 6 Millionen Tonne betragen, dann droht dem Ruhrgebiet die militärische Besetzung durch die Entente! Wir wollen das nach keinen Strafen verbieten. Aber niemand kann über seine Kraft. Die deutsche Steinkohlenförderung hat in den ersten sieben Monaten 1920 rund 734 Millionen Tonne betragen. Das sind 27 Millionen Tonne weniger wie durchschnittlich 1913, aber schon 15 Millionen Tonne mehr wie durchschnittlich 1919. Und wird also gegenüber 1913. Die Kohlenförderung im Januar-Juli 1920 schon 614 Millionen Tonne betragen. Das sind sogar 12 Millionen Tonne mehr wie 1913. Die Entente mag daraus erkennen, daß die gute Wille zum Wiederaufbau bei uns vorhanden ist.“ Eine weitere Förderung der Kohlenproduktion und gerechtere Verteilung der Kohlen muß trotzdem angestrebt werden. Dazu soll auch die Sozialisierung des Bergbaues dienen.

Tagung des Reichsstädtebundes. In Weimar tagte vom 19. bis 22. September der Reichsstädtebund. In diesem sind mehr als tausend mittlere und kleine Städte Deutschlands zusammengeschlossen. Dr. Haedel sprach über die Finanzlage der deutschen Städte. Er hätte, daß es jetzt bei der Einkommenssteuer darauf ankommt, einen für die Gemeinden günstigen Verteilungsmaßstab zu ermitteln. Dann wartete er mit einer Reihe von neuen Steuerentwürfen auf. Die Wohnungssteuer müsse als die sozial gerechtste erscheinen. Die Wohnungssteuer bezeichnete er für die produktive Wohnungsverhältnisse als unentbehrlich, doch dürfe sie nicht zu sozialen Ungerechtigkeiten führen. Die Realsteuern müssen unbedingt den Gemeinden bleiben. Es ist dagegen Einspruch zu erheben, daß den Städten das Recht gegeben werden soll, die Luftkassette, Steuer in solchen freizügigen Gemeinden, die sie bisher nicht eingeführt haben, ganz in Ansehung zu nehmen. Die Gemeinden müssen das Recht erhalten, die Wertumschlagsteuer auszubauen, da für die örtliche Wirtschaftspunkte mitzuführen. Die Gebühren bedürfen durchweg der Erhöhung. Die städtischen Werke müssen unter allen Umständen sich rentieren, Defizitarischen sind zu vermeiden. Bürgermeister Stoll, Kauenburg (Elbe), erwiderte, daß das Prinzip der Sparhaftigkeit bei den mittleren und kleinen kommunalen Verwaltungen durchweg streng beachtet werde. In diesen Verwaltungen werde auch bei einer durchgängig geringen Zahl von Beamten und Angestellten ein respektvolles Maß von Arbeit geleistet. Des weiteren entwickelte er den sozialistischen Standpunkt zur Kommunalisierung. Bürgermeister Kohde, Abohoe, will den Ertrag der Wohnungssteuer nicht als Kapital, sondern zur Verzinsung und Amortisierung der für die produktive Wohnungsverhältnisse aufzunehmenden Anleihen verwenden, damit etwas wirklich Großzügiges geschaffen werden kann. Am zweiten Tage beantragte die von den sozialistischen Delegierten beantragte Forderung des Erhebungsproblems des Hauptinteresse. Der sozialistische Stadtverordnete Pöhlen, Adolphi, a. d. C., wies auf den Marktschwund, die Preissteigerungen der Händler und die Schamlosigkeit der Schnapsbrenner hin, die den Landwirten besonders hohe Preise bieten. Der Reichsstädtebund habe die Pflicht, sofort einzugreifen und für eine ausreichende Verteilung der Städte zu entsprechenden Preisen einzutreten. Die Versammlung stimmte diesen Ausführungen zu. In der Ausschüsse wurde allgemein empfohlen, direkt mit den Landwirten in Verbindung zu treten. — Am Schluß wurde die Vertiefung des O. Sammerbundes um zwei Mitglieder beschlossen. Zum Erhalten wurde ein Sozialdemokrat, Bürgermeister Stoll aus Kauenburg a. d. C., in den Vorstand gewählt.

Briefkasten

D. Zurlach. Nicht kann nicht gebraucht werden, weil infalllos, außerdem durch die zu späte Einbringung veraltet.

Eingegangene Schriften und Bücher

- Die neue Steuererhebung. Ratgeber für Arbeitnehmer, Beamte, Hausbesitzer. Von Walter Loebe. Union-Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H., Braunschweig a. M. Preis 1,50 M.
- Kommunistische Probleme, von Paul Fiebig. Verlag Cucke u. Meyer in Leipzig. Geb. 4,40 M., geb. 5,60 M.
- „Für die dritte Internationale“ (Die II. Z. P. am Scheideweg) von Kurt Geber nebst Beiträgen von Walter Stoecker und Paul Hennig sowie einem Vorwort von Ernst Däumig. Verlag des „Arbeiter“, Berlin, Münchstraße 21111. Preis 1,50 M.
- Das Reichsversorgungsgesetz mit Erläuterungen und Rententabellen (sekundär-wirtschaftliches bis fünftages Tausend). Berlin 1920. Verlag: Reichsbund der Kriegesbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 9. Preis 3 M. und 20 Proz. Teuerungszuschlag.
- „Front und Front“. Von Heinrich Reuenhagen. Preis 8,50 M. Verlag: Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW. 64. —
- Kommunistische Rundschau. Herausgegeben von Ernst Däumig, Curt Geber, Walter Stoecker. K. Hoffmanns Verlag G. m. b. H., Berlin C. 27, Flumenstr. 221. Preis pro Heft 1 M.
- Kadaver der verkappte Republikaner. Von Max Heberst. Kaja-gruber Verlag. Wien N. 1.

Giliale Frankfurt a. M.

Es ist zum sofortigen Antritt eine tüchtige Agitationskraft. Bewerberinnen oder Bewerber müssen Mitglied einer freien Gewerkschaft in allen landwirtschaftlichen Arbeiten gewandt und reinlichlich bedächtig sein. Den Bewerberinnen ist ein kurzer Lebenslauf sowie eine Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten beizulegen. Bewerbungen sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ an 125 Ostbahnhof der Giliale Frankfurt a. M., Wertheimstr. 57, III. Stock, bis spätestens 15. November einzureichen. Die Erdbewertung. N. N. Bilib. Schneider.